

30. September 2007
18:56 MESZ

Reaktionen: "Ein kleines Fortschritttchen"

SPÖ, Grüne und BZÖ sehen sonst keine Erneuerung - VP-Justizsprecher: Werden Vorschlag umsetzen - FPÖ: ÖVP driftet nach links

Wien - Die von Umweltminister Josef Pröll (V) in der ORF-"Pressestunde" dargestellten "Perspektiven" brächten keine Erneuerung der ÖVP. In diesem Grundtenor waren sich SPÖ, Grüne und BZÖ am Sonntag in ihren Reaktionen einig. Justizministerin Maria Berger (S) begrüßte aber ausdrücklich Prölls Vorschlag der eingetragenen Partnerschaft für Homosexuelle. Die FPÖ sieht die ÖVP immer weiter nach links abdriften.

Auch wenn sich Pröll erst noch in der ÖVP durchsetzen müsse, sei seine Festlegung auf eine vor dem Standesamt zu schließende Partnerschaft "immerhin schon ein Fortschritt", sagte Berger gegenüber der APA. Ein Adoptionsrecht für solche Paare strebt auch sie nicht an. Berger hofft nun, dass ein Gesetz nächstes Jahr beschlossen werden kann. Es sei zu hoffen, dass nun auch die ÖVP-Mitglieder der gemeinsamen Arbeitsgruppe mit dem Familienministerium zum Familienrecht an einem gemeinsamen Vorschlag mitarbeiten. Berger will eine solchen Ende des Jahres präsentieren.

"Etwas zustande gebracht"

Auch SPÖ-Bundesgeschäftsführer Josef Kalina gestand Pröll zu, im Bereich der Homo-Partnerschaft "etwas zustande gebracht" zu haben. Sein Gesamturteil fiel aber alles andere als positiv aus: Nun sei klar, "der ÖVP-Erneuerungsprozess, auf den die Leute nach der ÖVP-Wahlschlappe gehofft haben, ist abgeblasen", so Kalina im Parteipressedienst. Die ÖVP habe ihre Chance zur Modernisierung vertan und "Retrospektiven statt Perspektiven" geliefert.

Als "ganz alten Hut" bezeichneten Kalina und SPÖ-Familiensprecherin Andrea Kuntzl Prölls Vorschlag eines Familiensplittings bei der Besteuerung. Kuntzl sieht darin eine "absolute Retro-Idee und reine ÖVP-Klientelepolitik, mit der in erster Linie gut verdienende Alleinverdienerfamilien bevorzugt werden". Diese Form der Besteuerung sei "aus gutem Grund in den 70er-Jahren abgeschafft" worden, merkte Kalina an.

Neugebauer freut sich

ÖAAB-Bundesobmann Fritz Neugebauer (V) freute sich hingegen, dass Pröll das ÖAAB-Modell eines steuerfreien Existenzminimums pro unversorgtem Familienmitglied aufgenommen habe.

Aus der ÖVP kam am Sonntag auch sonst positive Reaktionen: Justizsprecher Heribert Donnerbauer bezeichnete den Vorschlag zur eingetragenen gleichgeschlechtlichen Partnerschaft als "denkbar und überlegenswert" und kündigte an: Wir wollen diesen Vorschlag umsetzen." Auch Wissenschaftsminister Johannes Hahn sprach von einer "sehr positiven Idee".

Zu begrüßen sei "der Vorschlag, die Ehe unantastbar zu belassen und rechtliche Diskriminierungen zu beseitigen". Daher seien auch die Vorschläge für steuerliche Verbesserungen für Familien - das Familiensplitting - "erfreulich", merkte Donnerbauer an.

Hahn, der schon mehrfach für eingetragene Partnerschaften plädiert hat, nannte Prölls Vorschlag für ein Partnerschaftsgesetz in einer Aussendung "einen Schritt in die richtige Richtung heraus". Er begrüßte überdies den Gratis-Kindergarten-Vorschlag. Damit werde eine langjährige Forderung der ÖVP Wien von der Bundespartei aufgegriffen.

Günter Tolar, der Vorsitzende der SoHo (Sozialdemokratie und Homosexualität), wies am Sonntag in einer Aussendung darauf hin, dass Dänemark am 1. Oktober 1989 - also morgen genau vor 18 Jahren - als erstes Land der Welt gleichgeschlechtliche

eingetragene Partnerschaften zugelassen hat. Seither hätten fast alle westeuropäischen Länder entweder durch solche Partnerschaften oder durch die Öffnung der Ehe (Niederlande, Belgien, Spanien) homosexuelle Paare im Wesentlichen gleichgestellt. Tolar hofft, dass dies auch in Österreich bald der Fall sein wird.

Glawischnig: Neubeginn abgeblasen

Für die stellvertretende Grünen-Chefin Eva Glawischnig hat Pröll "heute den Neubeginn der ÖVP mit Pauken und Trompeten abgeblasen". Die ÖVP bleibe auf dem abgewählten Schüssel-Gehrer-Kurs. Einzig ein "kleines Fortschrittchen" sei der Vorschlag der Homo-Partnerschaft. Dieser werde von der Partei aber wohl nicht mitgetragen.

"Nichts als eine reine Wählertäuschung" nannte BZÖ-Chef Peter Westenthaler die ÖVP-Perspektiven. Er konnte in der "Pressestunde" keine neuen Perspektiven erkennen - und die "Forderungen, die anscheinend Neuigkeitswert haben", seien teils "beim BZÖ abgekupfert", teils "im Parlament immer von der ÖVP niedergestimmt worden".

"Immer weiter nach links"

FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache sieht die ÖVP "gesellschaftspolitisch immer weiter nach links" abdriften. Er kündigte in einer Aussendung "entschiedenen Widerstand" der FPÖ gegen "die von der Volkspartei geplante Homo-Ehe" an - und verwies darauf, dass die FPÖ seit Jahren ein Familiensplitting fordere. (APA)